

Fransösische Unfreundlichkeiten gegen Polen.

Am 18. Mai kam vor dem Völkerverbundsrat noch einmal die bereits seit zwei Jahren lebendige Forderung des Abg. Grzebe wegen Benachteiligung der deutschen Volksstämmen in Polen und Pommern bei der Gewährung und Entziehung der Sprachkonzeptionen zur Sprache. Im Bericht des Dreierkomitees, das die Beschwerde geprüft hat, wurde festgestellt, daß tatsächlich Fälle von Benachteiligung der deutschen Volksstämmen vorliegen. Wenn Polen seine Haltung ändere, könne die Sache als erledigt erklärt werden. Gegen die Einleitung des Rates erbob der polnische Vertreter Graf Raczynski sofort Protest; er gab eine allgemeine Erklärung ab, in der er sich nicht über die Art der internationalen Behandlung innerstaatlicher Maßnahmen unter irgendwelchen Umständen vermahnte, sich einbehalten zu lassen, so sagte er u. a., „zu erklären, daß nach Ansicht meiner Regierung der Völkerverbund nicht ohne beträchtliche Einbuße an Ansehen und Prestige dazu veranlaßt werden kann, seine Bedenken und Kraft Fragen von so untergeordneter Bedeutung zu widmen... Der Völkerverbund ermahnt darauf, daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit nicht gesprochen ist, und fordert Polen auf sich die Sache bis zur nächsten Sitzung im Herbst noch einmal zu überlegen.“

Dieser Zusammenstoß zwischen Polen und Völkerverbundsrat ist von internationaler Bedeutung. Nicht ohne Ablicht ist eine alte Beschwerde, die zwar wohlgerichtet ist, aber kaum noch Aussicht auf Erfolg hat, wieder herangezogen und auf die Tagesordnung des Rates gesetzt worden. Insofern ist das auf Veranlassung Frankreichs geschehen, das dem milderfühlenden Bundesgenossen auch hier zu fühlen gerne wollte, daß es in der Lage ist, ihn in peinliche Situationen zu bringen. Möchte jedenfalls ist Polen kaum einmal wegen einer so verhältnismäßig geringfügigen Sache so unfreundlich angefaßt worden. Im Warschau hat man diese Ablicht auch von vornherein richtig erkannt. Man hat das Herorufen einer alten Beschwerde geradezu als eine beleidigende Geste empfunden, die Oberh. Beck damit beehrt worden, daß er seine Gegenseite anfaßt, obwohl er nur gar, daß andere, für Polen bedeutungsvolle Fragen in Genf dort zur Sprache kommen würden.

Das ist auch gefahren. Wieder war es wohl ein von Frankreich vorbereitetes Spiel, daß der zufällige Augenblick: ein Völkerverbundsrat in Genf auftaucht, um mit Warschau zu verhandeln. Diese Verhandlungen drehten sich um die Frage der Einbeziehung Sowiejets in das französische Bündnisystem, ein Ziel, das von Paris schon seit langem angestrebt wurde. Daß ein solcher Punkt gegen Deutschland gerichtet ist, versteht sich von selbst. Etwas fieber ist der, daß Polen durch eine derartige Botschaft und eventuell noch durch eine Beteiligung Rußlands am Völkerverbund verdrängte Verkopplung der Pariser mit der Moskauer Politik in Mitleidenschaft gezogen wird.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete führt Frankreich seine polenfeindliche Politik unermüdet fort. Hier sind es gegenwärtig insbesondere die riesigen Massenauweisungen polnischer Bergarbeiter aus Frankreich, die mit Recht die Öffentlichkeit Polens erzürnen. Diese Ausweisungen erfolgen auf Grund einer Verfügung des französischen Handelsministers aus dem Jahre 1931; dieser erfolgte zur Entlassung des französischen Arbeitsmarktes die Verschiffung ausländischer Arbeitskräfte in Frankreich möglichst eingeschränkt werden soll. Es ist bezeichnend für die ständig zunehmende antipolnische Stimmung in Frankreich, daß diese Ver-

fügung fast ausschließlich gegenüber den polnischen Arbeitern Anwendung findet, obwohl dies nicht den Beispielen der in Frankreich beschäftigten Ausländer bilden. Wie schwer dieses französische Vorgehen Polen verletzen muß, wird verständlich, wenn man folgendes bedenkt: Frankreich selbst hat vor Jahren die polnischen Arbeiter gerufen, weil es billige Kräfte für seinen Wiederaufbau brauche. Auch im Jahre 1929 wurde in Paris ein Parlamentsauschuß gebildet, der den Auftrag erhielt, ein Gesetz für die Gleicherstellung der Einwanderung polnischer Arbeiter zu entwerfen, demzufolge polnische Familien nach Frankreich gezogen, ihre befristeten Visa und der französischen Wirtschaft nutzbar gemacht werden sollten. Selbst in manchen Industriezweigen heraus; schon in den drei letzten Jahren sind einige Zehntausende von ihnen zwangsweise in die Heimat abgeschoben worden. Weitere Tausende werden jetzt folgen; am 4. Mai ist der erste Transport abgegangen. Daß jede Woche werden neue größere Trupps polnischer Arbeiter aus den nordfranzösischen Betrieben entlassen, und vielen anderen, die schon längere Zeit ohne Verdienst und Beschäftigung sind, wird die Arbeitslosigkeit nur für längere Zeit entgegen. Kein polnischer Protest gegen diese rücksichtslose Behandlung der polnischen Arbeiter hat etwas geduldet. Die polnischen Arbeiter, die jetzt aus Frankreich mit Frau und Kindern abgeschoben werden, leben fast durchweg völlig mittellos da; ihr Abtransport bis zur polnischen Grenze muß auf Staatskosten erfolgen; und in ihrer Heimat, die selbst unter schwerer Arbeitslosigkeit leidet, haben sie keine Aussicht, in einer neuen Arbeitsstelle unterzukommen. Das „polenfeindliche“ Frankreich, der große „Bundesgenosse“, das sie bitter enttäuscht hat, ist kein „Bundner“, wenn in diesem Lande, das sie schlecht bezahlt und in Ansehen mindert, ihnen Besseres begehrt hat, nicht gerade ein freundliches Angedenken bewahren.

Am 11. Juni wird in Warschau eine Sitzung des Direktoriums der Französisch-polnischen Eisenbahngesellschaft stattfinden. Auch diesmal wird an diese Mitteilung wieder die Erinnerung geknüpft, daß nun endlich die Frage der weiteren Finanzierung des Baues der Rohbahn nach Kattowitz — die nun gerade fertig sein soll, die Aussicht hierauf ist jedoch nur gering. Frankreich scheint heute weniger denn je bereit, den Polen neue Gelder zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil scheint in den Kreisen der französischen Geldgeber das Mißtrauen gegen Polen nach dem letzten Regierungswechsel in Warschau größer zu sein als zuvor. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht ein Artikel Bernard de Brinons in der „Information“, der sich mit der Person des neuen französischen Handelsministers Floyer nach dem Baubest. Brinon auseinandersetzt. In ihm wird dem neuen Minister die Aufgabe aufgegeben die Erneuerung des neuen Handelsministers eine Verschärfung des Kampfes gegen die Kartelle und gegen die schädlichen Einflüsse des ausländischen Kapitals auf die polnische Wirtschaft ankündigt, die Brinon besteht dies auf die französischen Kapitalinteressen in Polen. Das in Polen arbeitende französische Kapital habe den Radikalismus des neuen Ministers schon kennengelernt; als dieser noch Staatssekretär im Finanzministerium war. Polens Streben nach Unabhängigkeit und Großmachtung lieh schon und schließlich, der man dürfe mit diesen berechtigten Ansprüchen nicht fiskalische Schikanen und Mißbräuche bedenken. De Brinon gibt zwar zu, daß Polen von Frankreich in der Frage der Einfuhrkontingente nicht eben unvornehmend behandelt worden ist; aber er glaubt trotzdem, Warschau sei einer Sortierung seiner Maßnahmen gegen das französische Kapital in Polen warnen zu müssen. Diese verfechtete Forderung wird vermutlich wenig Erfolg in Warschau haben.

Polen hat noch mancherlei andere Gründe, mit Frankreich unzufrieden zu sein. Da werden 1. Da schon seit längerer Zeit größere Kriegsmaterialetransporte aus Frankreich nach Litauen gefandt. Auch das richtet sich wohl in erster Linie gegen Deutschland. Immerhin sind aber auch die Beziehungen zwischen Polen und Litauen nicht so, daß man in Warschau eine militärische Stärkung des kleinen Nachbarlandes nicht angestreift hätte. Litauen könnte, das ist militärisch, B. Die betonte Freundschaft französischer militärischer und politischer Kreise zu den polnischen Nationaldemokraten, die nach wie vor in Opposition zum Warschauer Regierungsblok stehen. Ausgetreten der Pariser Exponent der Enden, General Sikorski, der beim Marshall in Ungnade steht, ist Vorkind bei den neuen französischen Militärs. Auch liegt es unter polnischen Oppositionen und französischen Regierungskreisen besonders sorgsam gepflegt werden, und zwar zunächst in der leicht verständlichen Absicht, die von Hitler und Dillitaki beschrittene Friedenslinie zu durchkreuzen, den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen durch propagandistische Quartierbetriebe zu stören. Die französische Diplomatie hat es von jeher trefflich verstanden, die innerpolitische Opposition eines fremden Staates gegen den eigenen Regierungsbetrieb auszunutzen, auch wenn sie dabei vielfach auf in freundschaftlichen Beziehungen hand. Eines der letzten klassischen Beispiele dieser Kunst war die spanische Revolution; ein Werk der Pariser Diplomatie. Die polnische Regierung wird gut daran tun, das Treiben ihrer Enden genau zu verfolgen.

(Fortsetzung von Seite 242)

Selbstverständlich soll nun mit der Feststellung, daß das Comptabilien wesentlich in jüdischen Händen liegt, nicht gesagt werden, daß das kleine Einvernehmen zwischen diesem und dem jüdischen Kapitalismus der abgesehen Welt bereits bestünde. Im Gegenteil kann die Seindshaft mit dem vor als Kapitalist gelten. Die Seindshaft ist aber nicht so sehr grundsätzlich, vielmehr als eine hinterste Kontinuität zu bewerten, die auch unter gegebenen Umständen mit einem „Rüttel“ oder einer „Befreiung“ enden kann. Jedenfalls sind die Verbundenheit der jüdischen Klasse in den vergangenen Jahren immer wieder Brücken zwischen den feindlichen Welten geschlagen, und solche Beziehungen können Schmach erlitten, wenn das bolschewistische System sein einschlägiges Schwert neben sich und zum Kompromiß bereit wird. Von Nationalismus und Nationalismus besitzen solche Brücken nicht, sondern gewisse Kathedraleigenschaften. Die Kontinuität der Seindshaft der Weltlichkeit ist so hellen und behauptet. Folgerungen sollen hier nicht gezogen werden, denn die Gesamtlage ist heute noch so wenig eindeutig, daß jede Verursachung in den Bereich der Spekulation vermieden werden muß. Immerhin ist es notwendig, daß wir in Deutschland das Problem richtig sehen und die Ansichten kommender Entwicklungen zu deuten wissen. Sie steht immerhin, daß die Reimerten die Vernichtung des Hitler-Regimes mit allen Kräfte erstrebt, weil nur dann die Weltrevolution möglich wäre, wenn die Bolschewisten in Deutschland gelang. Wie man sich dieses Behaupten auf die politische Außenpolitik der Sowjetunion auswirkt, lie dahingestellt. Zu denken geben jedenfalls die klaren Umänderungsversuche Moskous an der Verfallener Mächte.

Wolfgang Graf York von Wartenburg.

Die litauische Gewaltpolitik im Memelgebiet.

Seitdem die Frage des baltischen Staatenblockes akut geworden ist, haben die Bemühungen um eine polnisch-litauische Annäherung, die einige Zeit die Öffentlichkeit in Atem halten, in Ruhen an andererseits verloren. Man scheint hier hinsichtlich der baltischen Blockfrage ziemlich optimistisch zu sein, trotzdem sich Dänemark und Estland bei der Anregung der litauischen Regierung zurückhaltend-jüthmend ausgesprochen haben. Man hebt jetzt in Ruhen darauf, daß es möglich sein wird, die drei Randstaaten in irgendeiner Form so aneinander zu binden, daß sie dritten Mächten gegenüber als eine politische Einheit erscheinen und daß diesem Block dann von den Mächten seine Unabhängigkeit in einem Pakt garantiert wird, wie ihn Litauen in letzter Zeit mehrfach zufolge zu bringen versucht hat. **Ballenblock und Garantiepunkt.** So scheint man in Ruhen zu hoffen — merken wir gleich, wie die litauische Selbständigkeit vor den anglo-engl. von Deutschland und den Polen der drohenden Gefahren zu schützen. Im Vertrauen auf eine Erfüllung dieser Hoffnungen wird in Ruhen die noch vor kurzem sehr lebhaft diskutierte Diskussion über eine Verständigung mit Polen in der **Winnafrage** getrieben. Während vor kurzem noch die Reizen des Grafen Surow nach Polen allgemeines Interesse erregten und in der Ruener Universitäts Diskussionsabende stattfanden, in denen einige litauische Politiker und Professoren von der Möglichkeit einer Kompromiß-Verständigungsgesellschaft sprachen, tritt jetzt die alte unverständliche Einstellung ein. In dieser Frage wieder stärker hervor. Der offiziöse „Lituvos Ribas“ ist den zu einem Ausgleich mit Polen bereiten Kreisen in einigen Artikeln scharf entgegengetreten, und der Verband für die Befreiung des **Winnagebietes**, von dem man längere Zeit nur wenig gehört hatte, hat sich mit einer Erklärung gemeldet, in der es heißt: Ganz Litauen müsse eins bleiben in seiner Einstellung zum **Winnproblem**. Der Kampf um die Wiedergewinnung **Winnas** müsse nunmehr über sich selbst hinausgehen, denn das Volk dürfe sich nicht durch den schwächlichen Feindnisismus gewisser Kreise irremachen lassen. Auch der litauische Staatspräsident **Smetona** hat in einer Rede, die er am 18. Mai im Ruener Offiziersklub hielt, erklärt, daß Litauen sich niemals vom **Winnagebiet** lösen werde. Damit ist unter die Verhandlungsaktion gegenüber Polen, an der auch die litauische Regierung folgenlos teilgenommen war, zunächst einmal ein Schlußstrich gezogen, und die Stellungnahme der litauischen Regierung gegenüber **Winnas** ist durch den von dem litauischen Reichspräsidenten **Wojtyla Palka** vor dem noch nicht erfolgten Eintragsverfahren in der **Winnfrage** spricht, scheinen vorerst nicht mehr aktuell zu sein. Immerhin haben die Erörterungen, die dieser Frage in Litauen während der letzten Monate gemeldet wurden, gezeigt, daß die Angst vor Deutschland unter Litauern gerinnt ist. Ruhen an eine Verständigung mit Polen unter Preisgabe seines hundertprozentigen Anspruchs auf **Winn** denken zu sollen.

Deutschland gegenüber hält Litauen an seiner grundsätzlichen Ablehnung einer Verständigung mit Polen in dieser deutsch-litauischen Haltung durch die Aktion, welche die **Winnaktion** seit Monaten in der Frage der Randstaaten entfaltet, ermutigt. Immer offener wird die völlige Entbehrung des **Memelgebietes** als eines der politischen und nationalen Hauptziele des litauischen Staates und Volkes betont. Der Kampf gegen das deutsche **Memelgebiet** wird geradezu als die zweite Unabhängigkeitsprüfung Litauens bezeichnet. Es wird behauptet, daß die Befreiung des **Memelgebietes**, die angeblich immerhin litauisch gewesen sein soll, vor der auch noch heute wirksamen Germanisierung geführt werden müsse. Die **Memelländer** seien, so meinte der ehemalige **Memelgouverneur Prof. Jankauskas** in einem Vortrag, den er am 24. April in Ruhen hielt, immer bessere **Vitauer** geworden, als ihre „**Volksgenossen**“ auf der anderen Seite der ebenfalls deutsch-russischen Grenze; sie hätten, so fuhr er fort, über 700 Jahre die litauischen Sagen, Fieber und Tugenden und die litauischen Gebrauche bewahrt. **Prof. Jankauskas** scheint dabei ganz vergesslich zu haben, daß es vor 700 Jahren in **Memel** noch gar keine **Vitauer** gab, sondern daß die ersten Menschen litauischer Stammes erst später, und zwar vom Deutschen Orden dort ansiedelt worden sind; er scheint vergessen zu haben, daß die litauischen Ueberlieferungen ihr Fortbestehen und ihre Wiederverwirklichung nicht der eigenen Lebenskraft, sondern der weltberühmten Fürsorge der preussischen Könige und dem polnisch-litauischen Interesse der deutschen Fürsten verdanken; es scheint ihm auch gar nicht aufzufallen, wie sehr die dort lebenden litauischen **Winnkinder** seiner Aussage widersprechen, daß es dort „**ein Volk**“ gäbe, das „**frei**“ und „**unabhängig**“ Germanisierung gelitten haben soll, widerprüfend und rückblickend überlegt er auch, daß die Bewohner des **Memellandes**, die sich noch der litauischen Sprache bedienen, mit nicht geringerer Energie als diejenigen mit deutscher Mutterprache die östliche Überwindung ablehnen.

Der angeblich litauische Charakter des **Memelgebietes** ist das erste Argument, mit dem Ruhen das Ziel seiner **Winnpolitik** zu rechtfertigen versucht. Ein anderes Argument ist eine nicht minder künstliche Behauptung **Winnas** herbeizuführen, daß es dort „**ein Volk**“ gäbe, das „**frei**“ und „**unabhängig**“ Germanisierung gelitten haben soll, widerprüfend und rückblickend überlegt er auch, daß die Bewohner des **Memellandes**, die sich noch der litauischen Sprache bedienen, mit nicht geringerer Energie als diejenigen mit deutscher Mutterprache die östliche Überwindung ablehnen.

reißung des **Memellandes**, daß **Litauen**, das erste Opfer des germanischen deutschen Expansionswillens“ sein würde, und ähnliche groteske Redensarten gehören zum täglichen Kulturgut der litauischen Agitation. So heißt Prof. **Jankauskas** in seinem erwähnten Vortrag folgende Behauptungen auf: „Der Nationalfeindismus verknüpft die größte öffentliche Selbsthate mit dem größten Schamgefühl und gegen andere Völker (1)“. Es gehört hierzu ein hohes Maß von selbst inszenierter **Winnpolitik** dazu, gegen das nationalpolitische Deutschland, das so überzeugende Beweise seiner Friedensliebe und seiner Achtung vor fremdem Volkstum gegeben hat und täglich wieder gibt, derartige Anschuldigungen auszusprechen. Und es gehört ein hohes Maß von Angst und ein erschauerlicher Mangel an volklichem Selbstvertrauen dazu, derartige Thesen zu glauben.

Der Kampf, den die Ruener Regierung gegen das **Memel**land führt, hat vor allem in drei Gebieten, die die Autonomie des Gebietes in entscheidenden Punkten verletzen, seinen Ausdruck gefunden. Da ist zunächst das Gesetz über den Aufenthalt und die Beschäftigung von Ausländern. Auf Grund dieses Gesetzes hat der Gouverneur 103 memelländischen Beamten und Lehrern, die deutsche Staatsangehörige sind, die Arbeitsgenehmigung entzogen, trotzdem die meisten von ihnen schon vor 1923 im Gebiet tätig waren, und obwohl der Artikel 29 des **Memellandgesetzes** die Annehmung der nobilitierten Rechte der Beamten, die am 1. Januar des genannten Jahres schon angestellt waren, ausdrücklich feststellt. Die litauische Regierung hat ferner ein Gesetz zum Schutz des litauischen Staatsgebietes, das einmündigen Ausländern, die gegen den Artikel 5 des Statutes bedeutet. Dieser Artikel betraf die Polizeipolizeigebühren und die Gerichtsorganisation als zur Souveränität der autonomen Regierung des **Memelgebietes** gehörig. Das Schutzesgesetz überträgt die Vernehmungen gegen Verhöre gegen dieses Gesetz den Organen der litauischen Staatsverwaltung. Abgesehen davon ist der ganze Eifer des Gesetzes mit seiner Befolgung, die alle Handlungen als strafbar erklärt, die „mit den Interessen des litauischen Staates nicht in Einklang stehen“, dem anderen den Kampf für die Autonomie, auf nur unmöglich zu machen, zumal der § 5 des Schutzesgesetzes auch gegen diejenigen **Memelländer** zur Anwendung kommen kann, die eine der im Völkerbundsstatut vertretenen Regierungen auf Verletzungen der Konvention aufmerksam machen, denn dieser Paragraph bedroht jeden mit Strafe, der sich „mit einer fremden Staatsmacht ins Benehmen setzt“. Endlich enthält auch noch das Gesetz über die Gerichtsverfassung eine Bestimmung über die Verpflichtungen Litauens gegenüber dem **Memelgebiet**. Nach Artikel 2 der Verfassung ist der litauische Staat die alleinige Trägerin der Autonomie. Wenn nämlich der litauische Staat die Autonomie überträgt, so ist die Autonomie des litauischen Obertribunals unterstellt, dem auch die Stellung als letzte Instanz bei memelländischen Verwaltungsstreitigkeiten zugewiesen ist, so ist die Autonomie des Verwaltungsorgans wohl kaum mehr als vorhanden zu betrachten. Nach Artikel 24 des Statutes wird durch das Gerichtsverfassungsgesetz verordnet, denn es steht für die memelländische Abteilung der Oberinstanz eine Mehrheit von memelländischen Richtern vor, eine Bestimmung, über die das Gesetz einfach hinweggeht.

Gegenüber diesen und anderen Gemakten der litauischen Regierung ist das **Memel**land selbst völlig wehrlos gemacht. Die memelländische Presse ist nicht in der Lage, auch nur die geringste Kritik an den rechtsverletzenden Maßnahmen der Zentralregierung zu üben. Jede Anbeugung einer Unzufriedenheit wird mit Beschlagnahme und Verbot, mit Geld- und Freiheitsstrafen geahndet. So kommt es, daß es unmöglich ist, sich aus der memelländischen Presse über die Zustände im **Memel**land zu unterrichten. Nur die häufigen kommunistischen Reden über Verfassungsverletzungen, Beurteilungen und dergl. lassen erkennen, was dort geschieht, lassen durchblicken, daß dort ein Teil des deutschen Volkes jäh und still am Leben verdrängt und bitterer Not zu leiden hat.

Dagegen finden die litauischen Behörden nichts dabei, wenn die deutsche Presse über dieses Land immer wieder in der schmeicheleichen Weise Deutschland beschimpft, wenn z. B. der in **Memel** in deutscher Sprache erscheinende „**Offizier-Beobachter**“ gegen das deutsche Volk in seiner Feindschaft eine widerliche Hebe betreibt. Auf welschem Niveau sich dieses von Juden und Emigranten herausgegeben und von den litauischen Behörden geleitete Blatt bewegt, dafür ein Beispiel. Es heißt in einem seiner Artikel: „Das deutsche Volk hat einen nationalen Kampf zu führen, der nicht bloß ein, und heute blonder dem, je, aber immer zugleich falsch wie der schwarze Dämon ... Doppelgängig und ohne Jahr tag, so sind sie nun einmal die deutschen Diplomaten, ob Herren, ob Demagogen. Und darum eben kann Deutschland nicht sein, was es sein möchte: **Kein** Teil der Weltpolitik.“ Derartige Behauptungen gegen das nationalpolitische Deutschland werden von den litauischen Behörden gebildet. Eine derartige Verunglimpfung des deutschen Volkes und seiner führenden Männer wird den memelländischen deutschen Behörden, die sich in der **Winnfrage** gegen eine Verständigung über die Ereignisse im Reich, über die nationalpolitische Selbstverwaltung, über die beherrschende Friedenspolitik des Südtiers dadurch unmöglich gemacht, daß die litauischen Behörden in einer Schilderung deutscher Verhältnisse einen Vorstoß gegen das Gesetz zum Schutz des litauischen Staates erblicken. Sie fürchten die Wahrheit.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen.

Mit dem Beschluß der polnischen Landwirtschaftsvertreter in Berlin, der in Ermüdung eines Besuches von Vertretern des Reichsnährstandes in Warschau erfolgte, sind die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen wieder ein Stück weiter gelassen. Wie im Politischen zu werden auch hier im Wirtschaftlichen neue, von der bisher üblichen Praxis abweichende Schritte. Die über Jahre hindurch zwischen beiden Ländern in privaten Verhandlungen die Möglichkeiten eines gegenseitigen Güteraustausches geprüft und nun dem Ergebnis ihrer Verhandlungen die Regierungen ihrer Länder in Kenntnis gesetzt. An dem von den deutsch-polnischen Landwirtschaftsdelegationen herausgegebenen Bericht wird u. a. festgestellt, daß trotz der jetzt bestehenden Einschränkungen die Märkte Polens und Deutschlands nie ihre Bedeutung für den gegenseitigen Warenaustausch verloren hätten. Die von der Reichsregierung im vergangenen Jahre unternommenen Bemühungen, den Markt für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erweitern, fanden ihre Gegenstück in der von der polnischen Regierung seit einigen Jahren geführten Politik, welche bemüht ist, den landwirtschaftlichen Export in einen entsprechenden organisatorischen Rahmen zu fassen. Die beiden Parteien sind der Ansicht, daß einerseits eine gegenseitige Befreiung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen möglich und zweckmäßig ist, daß andererseits aber wiederum keine Störung des geordneten landwirtschaftlichen Marktlaufs herbeigeführt werden darf. Sie stellen fest, daß es nicht im Interesse des Bauernstandes des einen Landes liegt, das dem Bauernstand des anderen Landes durch unangenehm niedrige Preise zu schaden. Dem ist mit vollem Bewußtsein die von den Vertretern des Reichsnährstandes oft betonte Solidarität des Bauernstandes verschiedener Länder zur Richtschnur der deutsch-polnischen Agrarbeziehungen erhoben. Der gegenseitige Verkehr mit landwirtschaftlichen Produkten soll daher durch entsprechende organisatorische Maßnahmen so geregelt und rationalisiert werden, daß einmal im einführenden Land ein angemessenes Preisniveau erhalten bleibt und daß zum anderen das ausführende Land für seine Produkte ebenfalls angemessene Preise erzielt.

Ministerialrat Dr. W. W. W. von polnischen Landwirtschaftsministerien äußerte sich über das Ergebnis der Verhandlungen u. a. wie folgt: „Die polnische Delegation war von vornherein davon überzeugt, daß polnischen Einfuhrwünschen nach Deutschland nur auf den Gebieten Rechnung getragen werden kann, auf denen eine tatsächliche Aufnahmefähigkeit vorhanden ist. Die polnische Delegation hat grundsätzlich nach abgeben, Einfuhrwünsche zu äußern, die mit den Lebensbedürfnissen des deutschen Bauernstandes nicht im Einklang stehen. Nichtsdestoweniger war es möglich, auf wirtschaftlich nicht so überfüllten Gebieten und hinsichtlich landwirtschaftlicher Waren ausfindig zu machen, um den deutsch-polnischen Warenaustausch weiter auszubauen. Die Berliner Verhandlungen haben auf verschiedenen Erzeugungsgebieten u. a. auch auf dem Gebiete des Olsaatenanbaues zu der Erkenntnis geführt, daß eine Einstellung der polnischen Landwirtschaft auf die Bedürfnisse des deutschen Marktes von großem Nutzen für beide Länder sei würde. Die Einführung eines besonderen Unterschlusses für selbstverarbeitete weiteren Durchbearbeitung der beschriebenen Erzeugnisse werden.“

Die Überzeugung, daß eine Zusammenarbeit des deutschen und polnischen Bauernstandes ein sehr wesentlicher Faktor der gegenseitigen Annäherung ist, hat der Leiter der polnischen Delegation, „Präsident

Judakowski, mit folgenden Worten einem Vertreter der „Deutsche Zeitung“ gegenüber zum Ausdruck gebracht: „Wie gehen mit den Führern des deutschen Reichsnährstandes einig in dem Wunsch, daß unser Meinungsaustausch mit der Zeit zu einer engeren verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem polnischen Bauernstand führen müßte; mit dem Ergebnis, daß beide Teile stets mit dem Wahnabnehmen des anderen auf dem Lande sind und man deshalb immer wieder einander anpassen kann. Wir sind überzeugt, daß ein solcher Austausch der Meinungen in Kommissionen oder durch agrarwirtschaftliche und agrarökonomische Vorträge von deutscher Seite in Warschau sowohl als von polnischer Seite in Berlin zu einem gegenseitigen und sicher nützlichsten Sicht-Berücksichtigen führen werden. Es erreicht sich doch immer mehr, daß der Bauernstand über den eigenen Sorgen zugleich auch das tiefliegende Verständnis für die höchsten Lebensnotwendigkeiten anderer Völker aufzubringen vermag, und daß es daher berufen ist, anzusehenden Anteil am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu haben. Das Bauernamt insbesondere ist es, das die Völker aus den Wirrnissen einer hemmungslosen weltwirtschaftlichen Expansion wieder herauszuführen vermag. Es hat am allermeisten unter ihnen zu leiden gehabt, und man hört heute auf seine Stimme, daß nicht der Einkauf auf dem billigen Markt zugleich auch der beste ist, sondern daß die Völker zur Pflege ihrer natürlichen Märkte zurückkehren müssen.“

Polen kann auf Grund der Verhandlungen eine halbjährige Verwertung seines Exports bestimmter land- und forstwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland erwarten. Außerdem ist ihm eine automatische Steigerung seines Anteils an der landwirtschaftlichen Einfuhr Deutschlands in Aussicht gestellt worden für den Fall, daß sich diese Einfuhr mit der Zellerung der allgemeinen Wirtschaftslage des Reiches erhoht. Deutschland ist als Gegenleistung die Aufnahme gewisser Agrarprodukte und industrieller Erzeugnisse aus Polen zugesagt worden. Darüber hinaus ist auch ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Polens im Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse in dritte Länder ins Auge gefaßt. Es ist dabei nicht nur an einen weiteren Ausbau des im vergangenen Jahre abgeschlossenen Roggenabkommens, sondern auch an ein Abkommen über die Abjagerung anderer Agrarprodukte (z. B. Weizen) gedacht. Es ist also festzustellen, daß in den Tagen April begonnenen und Mitte Mai abgeschlossenen Verhandlungen der deutschen und polnischen Landwirtschaftsvertreter die Grundlage für eine weitgehende und nützliche und auf lange Sicht bezweckende Zusammenarbeit der Landwirtschaft beider Länder gelegt worden ist. Times, was in früheren Jahren auf selber psychologischer und räumlicher Basis unter dem Schlagwort eines Ostagrarblockes durchzuführen versucht worden ist, ist hier durch einen aufrichtig und klar gefaßten Gedanken-austausch leicht erreicht worden. Nicht ein nachpolitischer Gesichtspunkt wie bei den Agrarblockplänen früherer Jahre, sondern der von keinen politischen Nebenabwägungen bestimmte Wunsch, dem Bauernstand als dem Grundelement der nationalen Volkswirtschaften eine gesichertere Arbeitsgrundlage zu schaffen, ist die Erzieher dieser deutsch-polnischen Verhandlungen gewesen. Deutschland sowohl als Polen haben Grund, mit deren Ergebnis zufrieden zu sein, und beide haben ein Interesse daran, auf dem erfolgversprechenden Wege weiterzugehen.

Das antijüdische Programm der Nationaldemokraten.

Der nationaldemokratische „Kurier Poyanski“ entwickelt in einem längeren Artikel, der am 15. Mai ein Programm zum Inhalt der Judenfrage in Polen. Er fordert die völlige Isolierung der polnischen Volksgemeinschaft von den Juden, alle Befreiung der jüdischen Einflüsse aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Kultur, Wirtschaft und Politik, sowie die allmähliche, doch möglichst rasche Verdrängung der Juden aus Polen. Ausführlich erörtert das Blatt dann die Möglichkeit einer Durchführung dieses Programms. Man muß sich jedoch ist, die öffentliche Meinung so beeinflussen, daß nicht nur jüdische Mißhandlungen unmöglich werden, und zwar durch Androhung des gesellschaftlichen und bürgerlichen Boykotts der Schulbanken. Man müsse eine völlige Trennung des polnischen und des jüdischen Volkstums vornehmen, wie das in den letzten Jahren in den Sommerfrischen schon geschehen sei. Es bliebe in dieser Beziehung aber noch viel zu tun übrig. Auf dem Gebiet der Kultur müsse man die polnische Volksgemeinschaft in der Überzeugung erziehen, daß ein jüdischer Gelehrter, Schriftsteller oder Künstler nicht aufhöre, Jude zu sein, weil er in polnischer Sprache schreibe oder an einer Ausstellung polnischer Künstler teilnehme. Es gehe nicht an, daß, wie es geschehen ist, dem jüdischen Dichter Tumim der Literaturpreis der Stadt Vody zuerkannt werde, oder daß er in polnischen Schulbüchern als „ein großer polnischer Schriftsteller“ herausgestellt werde. Jüdische Schulen dürfen nicht aus öffentlichen Fonds Unterstützung erhalten; Juden und Jüdinnen dürfen keine Stipendien erhalten. Auf wirtschaftlichem Gebiet müßten die Polen in den stark verjudeten Städten gefördert werden, um in Gewerbe, Industrie, Handwerk und Handel und zum Teil in den freien Berufen vorwärts zu

kommen, und zwar durch Gewährung von Krediten, Steuer- und Abgabenermäßigungen. Die jüdischen Konkurrenten müßten weiter, sei hier drückend, den jüdischen reichlichen Krediten und Vergünstigungen von ihren Organisationen und ihren reichen Stammesgenossen im Ausland, namentlich in den Vereinigten Staaten. Auch wendet man unethische Handelsmethoden an, um ihre unflüchtigen christlichen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Die Polen müßten die Juden rückstillslos boykottieren und nur polnische Kulturisten, Handwerker und Industriellen in die Wirtschaft des Reiches einlassen. Die jüdischen Genossenschaften keine Kredite erteilen. Wenn die Juden ihre materiellen Grundlagen verlieren, würden sie in Massen aus Polen auswandern. Der „Kurier Poyanski“ fordert weiter den numerus clausus an den Hochschulen. Das reiche aber heute nicht mehr aus. Die Juden dürften überhaupt nicht mehr die Erlaubnis erteilt werden, in die Wirtschaft des Reiches einzutreten zu sein. Um keine soziale Organisation dürfen Juden aufgenommen werden. Auf politischem Gebiet müßte die Hauptforderung erhoben werden, den Juden alle politischen Rechte zu entziehen. Die Juden sollen in Polen wie Ausländer behandelt werden. Sie dürften weder Wahlrechte haben, noch öffentliche Ämter bekleiden. Viele Bestimmungen sollten aber nur für die Juden gelten, nicht auch für andere Fremdländer. Die Juden müßten sich als Angehörige einer nationalen, d. h. für eine nationaldemokratischen Regieruna kämpfen, um eine solche bei in der Lage und willens, die Judenfrage zu lösen. — Als die Gedanken früher einmal an der Regierung waren, haben sie allerdings wenig auf diesem Gebiete geleistet.

Erdbunde als politische Spielerei.

Der nationaldemokratische „Ruizer Warfjamer“ stützte am 12. Mai mit höchlicher Freude einen Artikel des „Przelom“, eines im polnischen Regierungslager stehenden Blattes. Der „Przelom“ lehnte sich mit der Frage der „natürlichen Grenzen Polens“ auseinander und kam dabei zu Ergebnissen, die mit den nationaldemokratischen territorialforderungen ebenso sehr übereinstimmen, wie sie mit dem Wunsch der polnischen Regierung, jede aggressive Haltung gegen Deutschland zu vermeiden, in Widerspruch stehen. „Wo befinden sich die Grenzen der polnischen Republik?“, so fragen die Einzelheiten dieses „Przelom“, und er gab folgende Antwort dazu: „Prof. Komor beweisht sie folgendermaßen: Die Oder im Westen, die Olszka im Norden, die Weikath im Süden und die Düna im Nordosten.“ Zur im Südosten, wo heißt es weiter, bestehe „Polen“ keine natürliche Grenze; denn der Dnjepr gehöre ebenso jezt zum „polnischen“ wie zum russischen Raum. Deshalb lieg das Jagelgebiet des Dnjepr auch seit Jahrhunderten zwischen Polen und Rußland kritisch gegenüber, ähnlich wie das zwischen diesen beiden Staaten ein Übergangsbild, ähnlich wie das Jagelgebiet des Rheinens aus geographischen Gründen ein strittiges Gebiet zwischen Deutschland und Frankreich darstelle. Um „Przelom“ wird dann folgende politische Zusammenfassung aus dieser „geographischen Betrachtung“ gezogen:

„Wir leben also, daß unsere heutigen politischen Grenzen sich ganz und gar nicht mit den geographischen Grenzen decken, daß Polen weder seine natürliche Nordgrenze noch seine natürliche Ostgrenze erreicht hat. Auch im Osten besteht die politische Grenze nicht mit der natürlichen. Eine Reihe von politischen Grenzen sind schwer zu verteidigen und nicht geeignet, eine Reihe von wirtschaftlichen Problemen zu lösen, die aus den geographischen Merkmalen der polnischen Einheit herorgehen. Die Wahrung der polnischen Staatlichkeit auf die natürlichen Grenzen ist eine Frage der Existenz eines unabhängigen Volkes, da uns die Weltgeschichte lehrt, daß diejenigen Völker, welche ihre natürlichen Grenzen nicht erreicht oder darauf verzichten haben, früher oder später zur Zurücknahme der politischen Grenzen bei den aufstrebenden mächtigen natürlichen Grenzen gezwungen wurden. Die auf den abgetrennten Gebieten zurückgebliebenen Bevölkerung ist zur Annahme einer fremden Kultur und einer fremden Wirtschaftsstruktur sowie zum wirtschaftlichen Untergang verurteilt. Ein Volk, welches nie die Polen seine staatliche Existenz (ähnlich wie Italien nach der revolutionären Bewegung Garibaldis) wiedererlangt hat, muß zur Erhaltung seiner Unabhängigkeit seinen ganzen Willen und alle seine Aspirationen in Richtung der Erreichung der natürlichen Grenzen anspannen.“

Das heißt also: Polen muß unter allen Umständen seinen heutigen Machtbereich bis zur Oder und über Ostpreußen, Litauen und das Jüdische Ostland hinaus) bis zur Ostsee ausweiten! Diese Forderung wird im Mai 1934, in einer Zeit freundschafter Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau, aus einem polnischen Regierungsblatt propagiert und von einem nationaldemokratischen Organ als richtig befähigt und weiter verbreitet!

Gehaltsabbau in der obersteherischen Industrie?

Der obersteherische Arbeitgeberverband fordert die Herabsetzung der Angestelltengehälter um 15 v. H. Er begründet diese Forderung in einer ausführlichen Darstellung der Lage der obersteherischen Industrie: Während sich das Einkommen der Industrieangestellten seit 1929 um durchschnittlich kaum 3% v. H. verringert habe, seien die Gewinne der Industrie ganz erheblich gesunken. Der Rohlohnabfall, wo heißt es in der Denkschrift, habe 1933 nur noch 94,2 v. H. des Abzuges von 1929 erreicht, und im Zusammenhang damit seien die Einnahmen um 25% auf 17,6 v. H. gesunken. Gleichzeitig sei der durchschnittliche Preis für obersteherische Kohle, wenn man ihn für das Jahr 1929 mit 100 ansetzt, auf 66 gefallen. Ähnlich in der Eisenindustrie: der Zandpreis für Stabstahl sei von 1929 bis 1933 um 20 v. H., der Exportdurchschnittspreis für Schweden, Eisen und Stahl um 31,5 v. H., und der Exportdurchschnittspreis für Eisen- und Stabstahl sogar um 38,7 v. H. gefallen. Weiter wird die Forderung des Arbeitgeberverbandes auf Senkung der Angestelltengehälter mit dem Hinweis auf begründet, daß in dem angegebenen Zeitraum nach Angabe des „Wochenblattsommer der Eisenindustrie“ der Preis um 26,5 v. H. gesunken und das Einkommen der in Rattowitz beschäftigten Industriearbeiter um 28,8 v. H. herabgesetzt worden sei. Gegenüber 1926, heißt es weiter, sei das Einkommen der Industrieangestellten um 100 auf 159,4 gestiegen; das Einkommen der Industriearbeiter dagegen von 100 auf 69,7 gesunken. Der Angestelltenverband wird sich mit der Forderung der Arbeitgeber nicht ohne weiteres einverstanden erklären. Er kann z. B. darauf hinweisen, daß der Produktionsminderung durch einen solchen Gehaltsabbau die Zahl der Beschäftigten in der Industrie herabgesetzt werden wird, daß dies im Vergleich zu den Staatsangestellten ebenfalls höheren Gehaltsabbau der Industrieangestellten die Tariffrage überfordert, daß jezt Jahren kaum noch ein solcher Angestellter in eine höhere Gehaltsstufe aufgerückt ist, dagegen viele ältere Angestellte in niedrigere Gehaltsstufen umgruppiert worden sind, daß also der Anteil der Angestellten mit höherem Gehalt an der Gesamtangestelltenzahl gegenüber 1929 erheblich zurückgegangen ist.

Polnische Messen und Ausstellungen 1933.

Nach den Angaben des Warfjamer Statistischen Hauptamtes fanden in Polen im Jahre 1933 39 Ausstellungen, Messen und Märkte statt, von denen jedoch nur zwei eine Besucherzahl von mehr als 100 000 aufweisen konnten. Wenn man zu den einen 8 Tage währenden Veranstaltungen (Wollmärkte, Pferde- und Hundausstellungen usw.) und die bekannten Messen in Polen, Lemberg, Wilna und Romno außer Betracht läßt, so war nicht viel größerer Veranstaltungsumfang zu verzeichnen. Die Zahl der Besucher der einzelnen Ausstellungen ist manchmal verhältnismäßig klein gewesen, wie z. B. bei der jehntägigen Euberkuloseausstellung in Warschau, die nur 508 Besucher aufzuweisen hatte, obwohl 41 Aussteller lehrreiches Anschauungsmaterial ausgestellt hatten. Den Rekord an Besuchern errang die Wilnaer Messe. Jenerhalb von 16 Tagen besuchten 157 726 Personen die Ausstellung, die Zahl der Aussteller betrug 631. Die Lemberger Messe, die ebenfalls 16 Tage dauerte, hatte die meisten Aussteller: 644, jedoch nur einen Besuch von 65 545 Personen zu verzeichnen. Die Polener Frühjahrsmesse währte nur 8 Tage, die Besucherzahl betrug 40 640; und die Rattowitzer Messe interessierte während der 16 Tage, obwohl nur 180 Firmen ausstellten, 50 000 Besucher. Jezt die gleiche Besucherzahl hatte die Romnoer Messe, die 8 Tage dauerte, aufzuweisen, nämlich 49 166. Die jehntägige Besucherzahl von 110 000 hatte die durch 20 Tage geöffnete Ausstellung „Natur, Gesundheit und soziale Zukunft“ in Lublin zu verzeichnen, während die „Elektrotechnische Ausstellung“ in Warschau mit 100 000 Besuchern anhielt. Für die Ausstellung „Polen“ erzielten Rumbankempfangern, die in Warschau 8 Tage zu sehen war, fanden sich nur 4460 Interessenten, dagegen sahen sich die ebenfalls in Warschau veranstaltete Wollseilportausstellung 17 346 Personen an, die Lebensmittelausstellung (Warschau) brachte es nur auf 10 217 Besucher, während die Hauswirtschaftsausstellung in Rattowitz 30 000 Besucher anlockte. Die Hausfrauen in Warschau haben für die neuzeitliche Führung des Haushaltes wenig Interesse an den Tag gelegt, denn die durch 56 Tage geöffnete Schau „wirtschaftlichen Hausarbeiten“ — es hatte die Ausstellung mehr der längsten Dauer des Jahres — hatte nur 5822 Besucher anlockt. Die Büro- und Buchhaltungsmaschinen-Ausstellung in Warschau besuchten 3200 Fachleute, die 19 488 Besucher der Bücherausstellung werden sicher nicht nur Zählweise gewesen sein. Die Winterportausstellung haben sich 3500 Besucher an, die Sommer- und Bodenbauausstellung, obwohl sie 13 Tage dauerte, nur 1297. Es gab noch eine Jubiläums-Garten-Ausstellung in Thorn, die jedoch keine Besucherzahl angab, eine Ausstellung „Gehundheit und Rettungsarbeiten“ (2850 Besucher) in Warschau, eine Florenzerausstellung in Krakau (4270 Besucher), Warschau, als die Hauptstadt des Landes, veranstaltete 13 Ausstellungen und einen Samen-Markt, dann folgt Polen mit 11 Veranstaltungen, Lemberg mit 3, Rattowitz mit 2 und Krakau, Wilna, Romno, Dloek, Thorn, Gienstochau (Schauferstellung), Kalmaria und Lublin (Spinnmesse) mit je einer Veranstaltung; eine Wander-Mutterfeier besuchte 12 Städte.

Der Binnenwassertransportverkehr Ostpreußen-Reich.

Der Schiffsverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich auf dem einzigen noch möglichen Binnenwasserfahrtswege, der Rege, dem Bromberger Kanal und der Weichsel, ist im vergangenen Jahre weiterhin zurückgegangen. Der privilegierte Durchgangsschiffsverkehr wurde Deutschland im Jahre 1929 jaugelunden, doch konnte die Durchgangsschifffahrt wegen der häufig steigenden Entschädigung auf polipolitischen und formaljuristischen Gebieten und der Verschärfung jehntägiger Bestimmungen der polnischen Binnenschifffahrt nicht erlangen und erreichte im Höchstfalle nur etwa 10 v. H. des Verkehrserkehrs. Die zunehmende Veränderung der Rege ließ in den letzten Jahren nur eine Sprozentige Ausnutzung des Schiffsverkehrs zu. Den bisherigen Höchststand des Durchgangsschiffsverkehrs in der Nachkriegszeit wies das Jahr 1931 auf, in dem 54 Fahrzeuge nach Ostpreußen und 25 in der Richtung nach dem Reich verkehrten. 1932 ging die Zahl der Schiffe in beiden Richtungen um fast die Hälfte zurück. Das Durchgangsschiffverkehr wurde durch eine weitere Abschöpfung des Verkehrs. Die Teilnahme polinischer Fahrzeuge war bis 1932 gering, 18 Fahrzeuge deutscher und 13 Fahrzeuge dänischer Flagge verkehrten im Jahre 1933 vom Reich nach Ostpreußen insgesamt 4736 Co. Güter gegenüber 4866 im Vorjahre und 10 264 im Jahre 1931. Verfordert wurden 1066 Co. Karben, 906 Co. Raik, 857 Co. Salz, 357 Co. Eisenblech und -blech, 282 Co. Salpeter, 203 Co. Zucker und 707 Co. andere Güter. Die Verfrachtung von Zucker in erheblichem Maße war ebenfalls zurückgegangen. Der Salztransport erhöhte sich um das Doppelte. Der Durchgangsschiffverkehr von Ostpreußen in der Richtung nach Oder wurde im Jahre 1933 von 22 Räben deutscher und 14 Räben dänischer Flagge mit einer Gesamtladung von 6843 Co. benötigt. Der Verkehr in dieser Richtung hat mit Ausnahme eines geringen Rückganges im vergangenen Jahre jezt 1928 häufig zugenommen. Die Vereinfachung der fristigen Binnenwassertransporten und eine bessere Anbindung der Schiffsfahrtswege würde den wirtschaftlichen Interessen beider Länder dienen.

Erich Makus †

Das Vordringen der eine völkische Erneuerung des Volkstums auflebenden Jungdeutschen Partei hat in Polen und Pommerellen die Vertreter des alten Systems mobilisiert. Vollen Exponenten, Erich von Witzleben, hat einen Aufruf erlassen, aus dem hervorgeht, daß er versuchen will, die Gegner der Jungdeutschen in einer „Deutschen Vereinigung in Westpolen“ zusammenzufassen. Als Vorläufer dieser geplanten „Vereinigung“ werden von ihm für die beiden Westmodifikationen der „Deutsche Jungblock in Pommernellen“ und der „Deutsche Einheitsblock in Polen“ bezeichnet. An dem Aufruf heißt es: „Beide Gruppen der Sammelbewegung leben demut auf dem Boden der deutschen Erneuerung.“ Jedem von dem „Jungblock“ wird die nationalsozialistische Einstellung mit aufrichtiger Eifer betont. Auch die Initiatoren des „Polemer Einheitsblockes“ betonen sich gern und häufig auf den Nationalsozialismus. Anders als die Führer dieser Gruppen, die zum mindesten noch starke Reste liberalen Gedankengutes und reaktionärer Stimmung in sich tragen, können die Führer der Jungdeutschen Partei von sich sagen, daß sie sich schon zu einer Zeit zu nationalsozialistischem Überzeugen bekümmert haben, in der es nicht opportum war, das zu tun.

Bei Betrachtung der Deutschen in Polen und Pommernellen ergibt sich das merkwürdige Bild, daß mehrere Gruppen miteinander darin wetteifern, als die wirklichen und wahrhaften „Vertreter der deutschen Volksgemeinschaft zu gelten, wie sie vom Nationalsozialismus im Kreise derkirklicht worden ist. Der gute Wille und die ehrliche Absicht, als Teil des deutschen Volkes an dessen geistiger und seelischer Erneuerung teilzunehmen, sind den Anhängern keiner der Gruppen absperrbar zu werden können. Der Wunsch, im Geiste völkischer Kameradschaft ein lebendiges Glied des von Adolf Hitler gezeichneten Volkes zu sein, beherzigt zweifellos auch die breiten Schichten des Volkstums in Polen und Pommernellen. Und doch berührt unter den verschiedenen Gruppen ein erbitterter und in seinen Formen höchst unerquicklicher Kampf und

doch konnte es geschehen, daß es am 13. Mai in Grabendy bei einem Zusammenstoß zwischen Jungblock und Jungdeutschen auf Seiten des letzteren ein Schwererleide und auf Seiten der letzteren einen Leuten gab.

Der Tod des Jungdeutschen Erich Makus, des 38jährigen einzigen Sohnes einer Kriegerfamilie, hat auf das Volkstum in Polen aufleuchtend und auf die „Vertreter des alten Systems ernüchternd gewirkt. Erich Makus ist für die Einheit der Deutschen Volksgruppen in Polen gefallen. Zur Beerdigung ihres „Verteigerten waren am Pfingstsonntag aus allen Teilen Polens und Pommernellen Abordnungen der Jungdeutschen Partei nach Bromberg gekommen. Im Gedenkgang führten neben dem Angehörigen des Bertaerheeren die Führer der Jungdeutschen Partei, und eine lange Reihe Parteimitglieder mit den Kreuzen der einzelnen Ortsgruppen. Supereintendend Ahmann hielt die Erwaerrede am Grabe: Der Tod dieses jungen Deutschen erhalte einen hohen Sinn dadurch, daß er die Vereinfachtheit der Jugend zur Selbsterhaltung ihres Willens und ihrer reinen Ziele veranschaulicht. Wo es eine solche Jugend gebe, da würde ihr Wollen auch folgen. Darauf sprach der Jungdeutsche Führer für Polen-Pommernellen, H. H. Witzleben, Erich Makus gehöre zu denen, die in Weltkrieg und nach dem Kriege für die Erneuerung des deutschen Volkes ihr Leben gelassen haben. Er sei im Glauben an die deutsche Erneuerung gefallen. An seinem Grabe legten die Jungdeutschen Polens das Gelübnis ab, nichts anderes als die Einheit und Reinheit der deutschen Volksgemeinschaft zu wollen. Ortsgruppenleiter Günter Hüblmann in Bromberg nahm das Grab in die Obhut der Ortsgruppe Bromberg der Jungdeutschen Partei mit dem Gelübnis, daß das Grab in Zukunft eine Nationalfahrtschätte für die Deutschen sein würde, an der sie sich neue Kraft holen werden. Mit erhebendem Atem langte die Erwaerredende das Vieh von guten Kameraden, Sackelträger hielten bis tief in die Nacht hinein die Ehrenwache am Grabe.

Deutschlands Handel mit den Ostländen.

Aus nachstehender Übersicht läßt sich der Anteil der zwischeneuropäischen Länder an dem deutschen Außenhandel für die Jahre 1924, 1927, 1930 und 1933 erkennen:

Land	1924		1927		1930		1933	
	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
Estland	1,5	4,8	1,5	3,4	1,8	3,0	1,4	2,5
Ungarn	0,5	1,2	0,6	1,3	0,8	1,0	0,8	0,8
Tschechoslowakei	4,8	5,9	4,0	4,8	3,5	4,4	2,9	3,3
Südbaltien	0,4	0,7	0,5	1,1	0,7	1,4	0,8	0,7
Rumänien	0,7	1,4	1,7	1,5	2,3	1,1	1,1	0,9
Bulgarien	0,2	0,4	0,3	0,6	0,2	0,7	0,4	0,4
Griechenland	0,6	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5	1,3	0,4
Polen mit Danzig	5,0	6,1	2,5	0,5	4,0	2,8	1,7	1,7
Litauen	0,2	0,5	0,4	0,4	0,7	0,5	0,5	0,4
Finnland	0,4	0,9	0,4	0,5	0,6	0,6	0,4	0,4
Estland	0,2	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1
Finnland	0,5	1,8	0,8	1,4	0,8	1,1	0,9	0,9
Zwischeneuropa	15,0	24,5	13,5	19,4	15,6	16,9	12,8	12,5

Der prozentuale Anteil der zwischeneuropäischen Länder am deutschen Außenhandel ist demnach im vergangenen Jahre erheblich niedriger als im Jahre 1924 gewesen. An der deutschen Einfuhr waren diese Länder 1924 mit 15,0 v. H., 1933 mit 12,8 v. H. beteiligt. Weit stärker war der Rückgang in der Beteiligung Zwischeneuropas an der deutschen Ausfuhr: von 24,5 auf 12,5 v. H. Innerhalb der zwischeneuropäischen Ländergruppe sind wesentliche Verschiebungen hinsichtlich der Anteile der Wirtschaftserfahrungen mit Deutschland festzustellen. Während z. B. Polen und die Estlandslande im J. 1924 zusammen mit 9,8 v. H. an der deutschen Einfuhr beteiligt waren, nahmen sie im J. 1933 nur noch mit 4,7 v. H. daran teil. Umgekehrt betrug der Anteil der vier erwähnten Balkanländer an der deutschen Einfuhr im J. 1924 nur 1,6 v. H., im J. 1933 inermittelt 3,9 v. H.

Woraus erklärt sich die rückläufige Entwicklung? Vor allem aus dem raschen Rückgang der Kaufkraft der östlichen Länder, wozu bei Polen noch der jahrelange Wirtschaftskrieg hinzukommt. Dann aber auch daraus, daß Deutschland seinen Außenhandel stark nach demwestlichen Gebieten orientierte, deren Schmelzenerwartungen. Nur z. T. geht der Rückgang darauf zurück, daß sich bei dem abnehmenden Bedarf an Ostländen die Wirtschaftsländer Karaprodukten die wirtschaftlichen Austauschmöglichkeiten zwischen ihm und den östlichen Gebieten verringerte. Es besteht aber gar kein Zweifel, daß es an sich vorhandenen Austauschmöglichkeiten bei weitem nicht voll ausgenutzt worden sind. Die Schuld daran, daß es so war und zum Teil auch heute noch so ist, liegt beim Verfall der Systeme, dessen politische Bindungen immer tiefer den Ausbau naturgesetzmäßiger Wirtschaftszwischen erfordern und durchkreuzt haben. In dem Maße, in dem sich die Staaten — wie es ist — von dem totenbunden Zwang des Systems entziehen, wird es möglich sein, zu einem Schrittmeilen orientierten Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu kommen.

Ostpreußen sorgt für seine Gäste.

Wie die polnischen Stellen Ostpreußens unter Führung des Oberpräsidenten Erich Koch durch eine groß angelegte „Verbauaktion des Fremdenverkehrs der Provinz mit Erlaß zu heben bemüht sind, so sorgen sie auch dafür, daß die im letzten Jahre vollständig voll genutzten Sanatorien über unangenehme Fremdenüberfüllung hinwegkommen. Der Oberpräsident hat, um die noch Mangel und Qualität geliegten Anforderungen des Fremdenverkehrs zu befriedigen, Va. Stadtrat M. H. Königsberg zu seinem Sonderbeauftragten für die Unterbringung von Fremden Gästen in Ostpreußen bestellt und ihn mit besonderen Vollmachten ausgestattet. Die Geschäftsstelle des Sonderbeauftragten befindet sich im Oberpräsidium in Königsberg (Zimmer 137). Zur Zeit wird eine solche Kontrolle durch alle Fremdenüberfüllung in der ganzen Provinz durchgeführt. Dabei wirken die Verwaltungsbehörden, die Parteifunktionäre, der Landesverkehrsverband und namentlich auch der Gau Ostpreußen im Reichseinheitsverband des deutschen Gastwirtschaftsgewerbes mit dem Sonderbeauftragten des Oberpräsidenten zusammen. Die Kontrolle erstreckt sich sowohl auf die Hotels als auch auf die Fremdenheimen und Privatpensionen. Neben der allgemeinen Prüfung (Sauberkeit, Annehmlichkeit der Zubereitungen, Bedienung usw.) wird die Kontrolle auf die kaulische Einrichtung, und auf die räumliche Ausgestaltung der Fremdenunterkünfte ausgedehnt. Der bei der Kontrolle beteiligte kommunale Bauaufsichtsbüro ist die Gaststätten- bzw. Pensionenüberwachen. Über die Kontrolle der Preise legt der Oberpräsident in einem Erlaß an die Verwaltungsbehörden mit freizeulicher Einbezugkeit: „Selbstverständlich muß den Gästen und Pensionenhabern ein angemessener Gewinn bleiben; gegen den Preisverfall sind jedoch strenge Maßnahmen zu ergreifen.“ Die Pensionen, in der ostpreußischen Gaststätten dürfen unter keinen Umständen über den Preisen in anderen deutschen Fremdenverkehrsgebieten liegen. Hotel- und Pensionenhaber, die in größerer Weise gegen den Grundabz verstoßen, daß sie der Gäste wegen da sind, ihre Unterkünfte nicht in Ordnung halten oder sonstige unzuverlässig sind, sind einem Sonderbeauftragten für die Unterbringung von Fremden Gästen umgehend zu melden. Die Pensionenhaber sind, welche Mitglieder auszuschießen, sich werde auch vor der Durchführung von Konzeptionsentscheidungen nicht zurückzuführen.“

Diese Maßnahmen bürgen dafür, daß jeder Besucher „aus dem Reich“ in Ostpreußen eine gute Unterkunft zu maßigen Preisen findet. Mängel, die in dieser Hinsicht früher verschiedentlich noch bestanden haben, werden durch diese Maßnahmen rasch und energig beseitigt, so daß jeder, der Ostpreußen besucht, später sagen kann, dort nicht nur ein schönes Land, sondern auch eine seine Ansprüche befriedigende „Wirt“ gefunden zu haben.

Besuch den deutschen Osten!

Autoritäre Regierung in Lettland.

Zwei Aufgaben sind es vornehmlich, die heute einer jeden lettlandischen Regierung gestellt sind: die Auseinanderhebung mit der maßvoll anbrachenden neuen politischen Gedankenwelt der abendländischen Ziviltätung im Innern und die Umstellung auf die durch den deutsch-polnischen Vertrag geschaffene neue politische Situation im Osten nach außen. Es spricht gewissermaßen für das Format des heutigen Regierungsoberhauptes Lettlands Ulimanis, daß er die Vorentscheidung erkannt und sein Handeln danach eingerichtet hat. Der Bauernbündler Karl Ulimanis hat bereits eine lange und erfolgreiche politische Vergangenheit hinter sich. Er wird der Begründer Lettlands als Gesamtstaat, weil er das erste Oberhaupt der professionellen Regierung Lettlands nach Beendigung der deutschen Okkupation im Jahre 1918 war. Er ist leitherr wiederholt Ministerpräsident gewesen, hat es jedoch sehr im Gegensatz zu seinen parlamentarischen Widersachern trefflich verstanden, sein Volk zu halten und seine Kräfte nicht vorzeitig zu verausgaben. Erst bei der Bildung seines jetzigen Kabinetts hielt er seine Stunde für gekommen. Wir haben im März '31, als Ulimanis wieder einmal unter den am laubst üblichen parlamentarischen Wechselerscheinungen Ministerpräsident wurde, unsere Leser darauf hingewiesen, daß damals ein roter, kommunistischer Unruhekabinettssturm trat, um beim nächsten parlamentarischen Sturm im Wallergole in die Verenkung zu verschwinden, sondern daß hier ein Mann am Zuge ist, der sich weiterreichende Ziele gesetzt hat und das Gelingen dazu bestift, sich durchzusetzen.

Der lettische Bauernbund gehört keinem politischen Gesicht nach zum rechten Flügel der bürgerlich-liberalen Mitte. Man wird dem Bauernbund jedoch nicht gerecht, wenn man ihn als politische Partei wertet; er ist darüber hinaus ein ständliches Vertretungsgremium des Volkes in Laides, dem in Agrarland Lettland eine besondere Bedeutung zukommt. Dank dieses ständlichen Einflusses ist der Bauernbund den Regierungen einer neuen Zeit zugänglich, als die anderen Sympathieträger des Landes. Dazu kommt, daß er über eine Gruppe junger Politiker verfügt, die solchen neuen Ideen besonders zugänglich sind und als deren Exponent in der Bundesleitung der neuernannte Gemeindevorsteher Alfred Zabrinski anzusehen ist.

Es ist eines der vielen Zeichen der Zeit, wenn die politischen Führer ihren eigenen Vorkurs der nationalen Revolution dadurch aufhalten wollen, daß sie seine schärfste Welle in das laubst übliche über sich selbst und verflämmten Bewußtsein ergießen zu lassen versuchen. Sie nennen das „die gewissermaßen vorhandenen guten und nützlichen Gedanken der weit über das Ziel schießenden jungen Bewegung heraus heben und übernehmen, das was nicht stimmt mit dem „Bade auszuschnitt“. Den entsprechenden Vorgang haben wir neulich in Estland beobachtet können, wo die Gründung einer autoritären Regierung erfolgt ist, um eine kurz vor dem Einstig liegende national-revolutionäre Bewegung abzulösen. Die autoritäre Regierung ist dann leicht bald dazu übergegangen, einzelne Programmteile des erledigten Ganges, soweit sie für ihre Zwecke geeignet schienen, dem eigenen Programm einzufügen. Zur Durchführung des Staatsstreichs in Estland wurde die von der autoritären Bewegung erkämpfte Verfassung mißbraucht. Die estländische Sozialdemokratie ist macht- und listlos und wird daher von den Maßnahmen der autoritären Gewalttäter nicht oder kaum betroffen. In Lettland ist das Bild ein anderes. Der sogenannte lettische Sozialismus ist in einzelne Gruppen und Gruppen zerfallen, die sich „Verkehrskreis, Stillmachergemeinschaft, Agraristen u. a. bezeichnen, den mit Verboten gegen sie vorgehenden Säulen im Innern zu Grund zu zerlegen anstreben haben. Nicht die bedeutungslosen Parteiführer sind hier, die eine Beilegung der überalterten Verfassung zu unternehmen sich unterlegen, sondern der Bauernbund und sein Führer Ulimanis haben sich diese Aufgabe gestellt, angeblich, um die lebende Demokratie zu retten, tatsächlich, um ihr den Garaus zu machen. Der Bauernbund zeigte sich entschlossen, seine starke Stellung im lettlandischen Staatsleben zu einer beherrschenden auszubauen, unter geistlicher Ausnutzung der Volksstimmung, die alles, was an Parteimittelkraft erinnert, gründlich fort hat. Zunächst machte Ulimanis nur Rücksicht genommen auf einen Teil der Verfassung, die Verfassungsgesetze auf legalen Wege durch den Landtag zu verwickeln. Er hat indessen nie jemand im Zweifel darüber gelassen, daß die Verfassungsänderung notwendig ist und mit außerparlamentarischen Mitteln erzwingen werden würde. Vorläufig war allerdings nur von einem Volksentscheid die Rede. Trotz dieser eindeutigen Situation hat der Landtag vollkommen versagt. Die durch lange Jahre parlamentarischer Mißwirtschaft in Schwereit gewickelten Verhandlungen waren mißglückt, das durch eine Soli feinstufiger Selbstbeschränkung noch einmal zu retten. Der Verfassungsentwurf ging aus den Kommissionen und der Volksversammlung heraus, wurde aber abgelehnt, wobei, daß die Antwortgeber ihre eigene Schöpfung in dieser Umgehung herbeiführen mußten. Das Merkmal, der vom Volke gewählte Staatspräsident mit dem Recht, das Parlament lediglich nach Hause zu schicken, schien der Landtagsmehrheit nicht tragbar. Die Wählbarkeit dieses höchsten Staatsorgans durch das Volk hatte der Landtag unter dem Druck der „Jugendigen“ Volkserhebung zurückzuführen. In geschichtlicher Rücksicht war das eine Schickel der Verfassungsänderung im Landtage erforderlich. Um die Schale des Wortes bei allen Parlamentsagenden überfließen zu lassen, schloßte sich die marxistische Landtagsfraktion mit Hilfe einer

ganz knappen Fallschirmheit einen Übergriff in die Befugnisse der bestehenden Gewalt und setzte einen verdienten höheren Staatsbeamten ab, der sich einer Demissionierung zufolge über das Erleben gewisser Parlamentskreise abfällig geäußert hatte. Die lettische Sozialdemokratie schloß sich, ganz anders als die roten Gewalten in Estland, bis zuletzt als einziger Widerpart der Mächte, die im Kampf gegen die demokratische Minderheit aufgetreten waren. Von ihrer radikal eingestell, hatten die lettischen Marxisten aus ihrer Zügelung nach bolschewistischer Richtung nie ein Ziel gemacht und mit den einflussreichen Kommunisten stets eine Einheit gesucht. Die jüngsten Katen der roten Schützengarde Osterreichs schienen ihnen ein nachahmenswertes Vorbild. Noch zur Mitte dieses Jahres konnte ein sozialdemokratischer Parteiführer überleben lettischen Arbeiter sagen: „Wenn kein anderer Ausweg mehr bleibt, so muß der Arbeiter von seiner Saat Gebrauch machen. Der Entscheidungskampf steht. Die internationale Sozialdemokratie will es, daß die Arbeiterklasse die Macht erobert. Die Arbeiterklasse muß die soziale Revolution entfesseln. Der Kampf unserer Gewalten in Osterreich hat den Beginn dazu.“ Noch deutlicher behauptete sich der berüchtigte demagogische Hezer Bruno Kohn in einer Ansprache an lettische Arbeiter auszusprechen: „Vergess nicht, daß der End die Aufgabe steht, mit der Waffe in der Hand für die Rechte der Arbeiter zu kämpfen“. Der Lettische Marxismus schien keinesfalls gefestigt, widerstandslos die Waffe zu strecken.

Wenn drohende Gewitterwolken am innerpolitischen Horizont lauben, so war die Lage nach außen nicht unbedenklich. Auf die Ausräumung der litauischen Regierung, einen baltischen Freubund abzuschließen, haben Estland und Lettland in gleichlautenden Rufen antwortet. Litauen wird aufgefordert, dem bestehenden estländisch-lettlandischen Bündnis beizutreten, wobei vorher auf dem Wege direkter Verhandlungen die Grundlagen und Voraussetzungen hierzu festzulegen wären. Die deutschen estländisch-lettlandischen Autoritäten haben in Kauen eine aussprechende öffentliche Presse gefunden, der man, auf den sie abweislich sind, war Litauen wohl nicht entgegenkommend genug. Die Ungehörigkeit der Litauer wird weiterhin durch eine Kauerer Presseneldung dargestellt, wonach der polnische Gesandte in Kauen der estländischen Regierung amtlich mitgeteilt haben soll, „Polen würde in der Zustimmung Estlands zur Einbeziehung Litauens in den baltischen Staatenblock eine unfreundliche Handlung erblicken. Die Kauerer Meldung wurde in Kauen sofort dahin umgedeutet, daß polnische Schritte keinerlei beratung Schritte erfolgt seien. In dieser Schärfe trifft die Meldung auch sicherlich nicht zu, da die polnische Diplomatie allen Grund hat, hier nach dem Grundgesetz fortiter in re, stantior in iure zu verfahren. Doch aber ein baltischer Freubund mit Einschluß Litauens Polen nicht willkommen sein kann, liegt auf der Hand. Andererseits würde es alle Traditionen der estländischen und lettlandischen Außenpolitik über den Haufen werfen, einen Gegenstand zu Polen heraufzubeherrschen. Angesichts des deutsch-polnischen Paktes und Abzinsens ist gleichwohl man aber in Kauen und in Kauen neuer Stärke bringend bedürftig zu sein. Die Außenpolitik der baltischen Staaten scheint sich somit in eine Sackgasse verrennt zu haben, und die Zukunft ungewisser, als je. Sobald die Marxisten ihre Drohung, den Bürgerkrieg zu entfesseln, wahr machen, war auch die außenpolitische Katastrophe da.

In dieser Stunde laub Ulimanis den Mut zur Tat. Als die Bürger Rigas sich am Morgen des 16. März den Schlaf aus den Augen trieben, war die Tat geschehen und der Spuk der marxistischen Bedrohung verfliegen. In der Nacht hatte die Regierung für sechs Monate über das Land den Kriegszustand verhängt, Militär und Polizei hatten alle öffentlichen Gebäude der Hauptstadt besetzt, auf den Straßen waren Wachposten aufgestellt, auf dem „Bolschewik“, der Homburg der Sozialdemokratie, wurde fast der roten Marschmusik die rote Fahne mit dem Hammer und Sichel der erste verbotene öffentliche Auftritt der von Land her einrückenden Schutzabteilungen, die, aus Anhängern des Bauernbundes bestehend, dazu bestimmt waren, die Gruppe in der Besetzung der Hauptstadt abzulenken. Der Staatsstreich des Bauernbundes war, ohne auf Widerstand zu stoßen, durchgeführt, die Parteiführer der Sozialdemokratie waren sämtlich verhaftet, darunter der Landtagspräsident Dr. Kohn. Unter den Führern der Marxisten waren auch die Führer der letzten Regierung, unter dem beherrenungslosen schärfsten Gruppen in der Nacht war der politische Besitz auf ihren Besitz abgelöst worden, wie um zu unterbreiten, daß der Umsturz sich gegen alle externen Richtungen wendet. Die ersten Verhandlungen der alsdann von Ulimanis durch Ernennung neuer Minister aus einer Parteiregierung in ein Kabinetten von Sachleuten umgewandelten Staatsführung klärten reiflos die Lage. Die Tätigkeit aller politischen Parteien wurde verboten, der Landtag nicht ausgeschrieben. Die Regierung übernahm bis auf weiteres auch die Gesetzgebung. Umlage und Verfallungen wurden unterlag, die Presse die Verfassung eingeschränkt. Die neue Regierung bezeichnete als ihre Hauptaufgabe die Durchführung der Verfassungsänderung, die Gründung des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Nation, um dann, die gesamte Kraft des geinteten Volkes hinter sich, auch die außenpolitische Lage zu meistern.

Vetland ist damit Estlands Beispiel gefolgt und aus der Zahl der parlamentarisch regierten Staaten ausgeschieden. Wir Deutsche haben keinen Grund, diese Estnischen ja zu benehmen, insbesondere nicht, wenn die jetzige lettisch-litauische Regierung, wie es den Anschein hat, in ihrem Verhalten zum Reich sich an die Grundzüge des Feinereits von der deutsch-litauischen, marxistisch beeinflussten Kontragsmehrheit aus dem Jahre verdüngten Außenministers Salnais halten wird. Wie erinnerlich, verlangte Salnais, daß „die wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich in den Grenzen der Verträge erweitert und die Beziehungen zu Deutschland in umfassenderem Maßstab“ werden. Bedauerlich wäre es nur, wenn die Umbildung des „Partei- und Wirtschaftsstaats von Maßnahmen gegen die Rechte der

Schulen der deutschen Volksgruppe begleitet sein wird, wie eine jüngere Meldung ankündigt. Die Ernennung des ehemaligen Ministerpräsidenten Skulnaks zum Stellvertreter des Regierungschefs Ulmanis spricht diese Meldung zu bestätigen, da Feinereits Zeit unter Skulnaks ein großer Feldzug gegen das deutsche Schulwesen eingeleitet hatte. Sollte auch die neue lettisch-litauische Regierung in diese überlebten Methoden einer vergangenen Zeit zurückfallen, so mögen jenseit die verantwortlichen neuen Führer des lettischen Volkes gelagert sein lassen, daß sie dadurch die deutsch-litauischen Beziehungen, die sich in der letzten Zeit erfreulich gebessert hatten, einer neuen Belastungsprobe aussetzen würden.

Nbs.

Der Bubog.

Wenn ich die Sagenwelt des Volkes schildere, kann ich am Bubog nicht vorbeigehen. Er lebt noch heute in jeder Kinderstube Ober-Schlesiens, besonders auf dem Sande.

Erst kürzlich hörte ich in Groß-Strehlitz, wie die Kindermütterlein dem unruhigen Kinde drohend riefen: „Wenn du nicht gleich reinkommst, holt dich der Bubog!“

Nicht nur Kinder fürchten den Bubog, auch Erwachsene glauben noch an ihn und werden von Angst und Schreck vor ihm ergriffen. Doch sich im Bubog der Tod versteckt, ist allen klar, die ihn kennen, aber der echte Oberflächler fürchtet den Tod an sich nicht. Gottgläubig erwartet er ihn mit Gebet und vielen anderen Vorbereitungen. Es ist also noch etwas anderes als das Erschrecken des irdischen Lebens, was das Volk im Bubog verkörpert sieht.

Doch der Bubog im Leben des Oberflächlers eine gewaltige Rolle gespielt hat, beweist sein langer Leben. Er ist noch überall bekannt wie der Waffermann, fast noch bekannter als dieser.

Was ist nun dieses rätselhafte Wesen? Wenn man die alten ober-schlesischen Sitten Cierm und Siebrog aus verstellen, so kann sich der Bubog (auch Bobog oder Bobog) leicht als dritter ihnen anreihen.

Müde schlüßten ihn als eine bunte Gestalt mit grünen Augen und langen, gelben Schenken. (Der Tod in der Vorstellung des Volkes) Er ist in graue Schleiern gehüllt (Dämmerung), wohnt nur auf dem Hausboden oder hinter der Scheuer. Am Abend, wenn die Kleinen sich in lange im Freien aufhalten, „holt sie der Bubog — und frisst sie lebendig auf!“ Man hört dann deutlich das Kratzen seiner Zähne, das Schmecken seiner Lippen — daher die fürchterliche Angst, aus der Schrecken, vor dem unheimlichen Wesen.

Der Bubog ist ein Kinderfresser. Niemand vergriffert er sich an Erwachsene. Aber nur im Freien, in der Dunkelheit ist er den Kindern gefährlich, im Hause kann er ihnen nichts anhaben; auch den Tod kann er nicht ins Haus bringen.

Ähnlichen Sinn verrät auch das deutsche Wiesensiedchen, das früher viel in Oberflächlern gebräut wurde:

Halle, halle, laule —

Der Bubog hat seinem Haupte.

Er hat ein schwarzes Kitzel an

Und will die bösen Kinder fahn (fangen).

Von E. Grabowski

Kleine Zöllnergeschichte.

Das war in der Religionsstunde, als ich zum ersten Male von einem Zöllner etwas hörte: „Gott, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener Zöllner“, sagte der Prediger, und der Zöllner fand dann doch viel mehr Gnade bei Gott.

Unser Lehrer verfuhr uns klugmännlich, was ein Zöllner in Wirklichkeit sei. Wir verstanden ihn nicht. Heute werden die Kinder meiner kleinen Heimatstadt den Lehrer nicht mehr danach fragen, denn die deutsch-polnische Grenze geht durch unsere Wälder, Seen und Acker, hat den Bahnhof aus fortgerissen und den Friedhof, durch ein Haus gar saumt sie. Und schneidet durch unsere Herzen.

Die grünfarbigen Zöllner kommt nun jedes Kind der kleinen Stadt. Und es merk, die Zöllner sind da, um die Grenze zu bewachen. Tag und Nacht, im Sommer und im Winter, immer streifen sie in den Wäldern umher. Die Schmuggler und Überläufer umgeben sie in weitem Bogen, und so haben auch die Kinder Respekt vor ihnen, erst redt vor dem Zöllnerrichter, dann der wohnt in der grünen Villa, und die Zöllner alle stehen gar herum vor ihm.

Ja, der Zöllnerrichter ist dazu da, die Zöllner zu bewachen, daß sie ihren Dienst auch wirklich und richtig tun.

Es geht geheimnisvoll dabei zu, man weiß es. Bestimmte Punkte gibt es im Wald, nur dem Zöllner bekannt, an denen sie zu festgesetzter Zeit zu erscheinen haben. Denn es könnte sein, der Herr Zöllnerrichter ist trotz Sturm und Regen auf dem Wege zu ihnen. Man ist nie sicher vor ihm. Denn was ein rechter Zöllnerrichter ist, der kommt immer dann, wenn man es für sich angesehlossen hält.

Zöllner nehmen ihren Urlaub am liebsten, wenn man keinen Hund hineinzu lassen möchte. Dann in ihrer freien Zeit sind sie die besten Gesellschaftler, denn niemand, wie ich freut sich über das warme, gemütliche Gespräch. Und sie wissen auch recht, Geschichten zu erzählen. Die sind meist heiter. Jedenfalls erzählen sie die so.

Da ist die Geschichte zum Beispiel, die dem Petronack, dem rundenlichen Zöllner, mit dem Zöllnerrichter polsierte. Im letzten Sommer erst. Hört zu!

Es war ein heißer Sommertag. Am Tag war es, nicht nachts, denn da wären sie ja wohl hinweggegangen, und dem Petronack hätte nicht widerfahren zu können, was geschah. Allein als läng er durch den Wald, zwei Stunden schon. Keinen Menschen traf er. Was im Gehölz zu kisterte, wurde nicht durch Bewegungen von Schmugglern verursacht. Die unerträgliche Hitze wirkte auch gegen Weisung zu ein. Verdammend müde wurde man! Hier im Walde schon, wo man doch noch Schatten hatte. Und nun war dieser dumme Treffpunkt, zu dem man jetzt mußte, auch noch ein ganzes Stück vom Weg entfernt. Er trotzte hin durch den Seemanns-

Hier bei der Birke am Kornfeld. Na gut, da war man also. Petronack zog sein großes rotes Schnupftuch und wuschte sich den Schweiß von der Stirn, setzte sich nieder ins Gras, um zu warten.

Albern, der würde grad kommen! Bei der Hitze! Schön hat's so ein Zöllnerrichter. Der kann sich seinen Dienst eintüten, wie er lustig ist! Wäre er Zöllnerrichter! Er mühte, was er machte!

Der tolle, tolle Regen dunkelte. Die Mittagshitze ermüdete auch so eigenartig. Das Summen der Biene noch dank Petronack begann davon zu träumen, und da überfiel es ihn dunkel. Natürlich gleich darauf kam der Zöllnerrichter, der richtig, angekommen. Alot Bergnigal schmunzelte er, sah nach der Uhr. Ja, punktiert hat der Petronack gewesen. Aber einschlafen durfte er nicht. Keine Pferde er sah an den Hockenden heran. „Doch mal heute, wie lange er das so aushält“, sagte sich der Vorgesetzte und ließ sich neben Petronack nieder, die Uhr in der Hand: „St es ja glücken!“

Petronack schmarckte. Das Korn dunkelte, betäubend wie vorhin. Die Biene summte, einschlüpfend. Mittagsruhe ringsum, über allem die unerträgliche Hitze. Der Herr Zöllnerrichter begann zu verstehen, daß man dabei doch leicht einschlafen könnte. Jasnob, man könne dabei doch recht gut einschlafen. Und da schiel er auch dreiste. Streblich schmunzelte er, Seite an Seite, Zöllner und Zöllnerrichter. Wie es geschah, war wohl es? Vielleicht, daß der Herr Zöllnerrichter auch leuter herumschmeckte als der Zöllner. Vielleicht, daß Petronack nur darum jetzt ermüdete.

Na, und das war sein Glück, und das eben ist das höchste an dieser Geschichte, daß der Herr Zöllnerrichter, von seinem Zöllner bewacht, der den so gelegentlich Schlaf doch nicht zu stören wagte, allein weiterdankte, bis er endlich die Augen aufschlug und beide, Kommissar und Zöllner, mit einem Blick sich anahen, mit einem Blick, wie er leider viel zu wenig zwischen zwei Menschen armochelt wird, und nun auch wieder Bergelieken und Untergehoben, mit einem Blick, der so sehr verbindet, daß zwischen beiden alles für immer gesagt ist und eine Heiterkeit über alle menschliche Schwäche triumphiert. Dermaßen befreit, daß beide lange nicht aufhören konnten zu lachen, und der Herr Zöllnerrichter schließlich nicht mehr daran dachte, seine Vorgesetztenmaske wieder aufzusetzen, sondern, immer noch lachend, fragte: „Na, wie wär's, Petronack, wenn mir irbt erst recht noch ein Stückchen herkommen?“

Aber das meinte er natürlich nicht ernst, und so sagte denn auch Petronack: „Ach glaube, Herr Zöllnerrichter, es wird regnen.“

Obwohl kein Wölkchen schwebte. Doch der Herr Zöllnerrichter blickte prüfend den Horizont ab wie er und sagte, nun wieder kalt ernst: „Sie mögen recht haben, Petronack, wie Sie überhaupt heute recht haben sollen. Verstanden?“

Und er grübelte und verschmiedete zwischen dem Korn, während Petronack noch lange Irrtum fand, die Hand an der Stirn, und das Schmunzeln sich um die Mundwinkel zingab, als wolle es überhaupt nicht mehr verschwinden. Herbert Menzel.

Besucht die Ausstellung: Deutsches Volk - Deutsche Arbeit!

